

Herrn Bezirksbürgermeister
Mike Homann
Hauptstraße 85
50996 Köln

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker
Hist. Rathaus
50667 Köln

In der Bezirksvertretung
Rodenkirchen

Torsten Ilg

Bezirksrathaus Rodenkirchen
Hauptstr. 85
50996 Köln

Tel: +49 (221) 84 66 688
Mobil: +49 (172) 60 76 376
Mail: toifan@icloud.com

Eingang beim Bezirksbürgermeister:

AN/1511/2018

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	12.11.2018

Freie Plätze in Flüchtlingseinrichtungen für Studenten freigeben.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,

Viele Studenten finden in Köln keinen preiswerten Wohnraum mehr. Gleichzeitig sind die Flüchtlingszahlen rückläufig oder stagnieren, Plätze in Einrichtungen bleiben leer.

Als Bezirksvertreter der FREIEN WÄHLER bitte ich Sie deshalb, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der BV-Rodenkirchen am 12.11.2018 zu setzen:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie ein Zusammenleben von Studierenden und Geflüchteten, in den im Bezirk 02 errichteten Flüchtlingseinrichtungen gestaltet werden könnte.

Insbesondere sind folgende Punkte zu klären:

- * Die Ausgestaltung von Mietverträgen (z.B. Befristung oder Sonderkündigungsrecht bei plötzlich ansteigender Zahl von Geflüchteten in Köln);
- * rechtliche Fragen bzgl. des Baurechts und der Vermietung an Studierende;
- * ob und wie die Uni Köln bei der Vermietung mit einbezogen werden kann;
- * wie viele Studierende pro Standort untergebracht werden können, ohne dass die dort bereits untergebrachten Flüchtlinge zu stark belastet u. d. Räume für alle zu eng werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Anfang Oktober hat das Wintersemester begonnen. Nur etwa 30% der Bewerberinnen und Bewerber bekamen ein preiswertes Zimmer durch das Kölner Studierendenwerk vermittelt, beschreibt das Werk den Ernst der Lage in einer aktuellen Pressemitteilung. Es gibt Berichte, demnach Studenten bereits in Wohnwagen hausen müssen. Auf dem freien Wohnungsmarkt ist die Lage ebenfalls sehr angespannt, sodass die illegale Nutzung von Ferienwohnungen auch in Köln zu massiver Wohnraumzweckentfremdung führt. Schnelles Handeln ist deshalb unabdingbar, zumal die Prüfung des Antrags ebenfalls einen gewissen Vorlauf benötigt und spätestens zu Beginn des nächsten Semesters abgeschlossen sein sollte.

Begründung des Antrags:

Für Studierende gibt es in Köln kaum noch günstigen Wohnraum. Einzelne Flüchtlingsheime insbesondere in temporärer Systembauweise (Container) sind hingegen nicht ausgelastet. Daher wäre es sinnvoll Studenten die Möglichkeit einzuräumen, übergangsweise für die Dauer von ein bis zwei Semestern zusammen mit Geflüchteten dort zu wohnen. Das könnte die akute Wohnungsnot der Studierenden etwas lindern und fördert zudem den integrativen Gedanken. Außerdem könnte die Stadt Köln durch diese Mieteinnahmen einen Teil der Kosten kompensieren. In anderen Kommunen wird dieses Modell bereits umgesetzt (s. Anlage).

Mit freundlichen Grüßen

gez. Torsten Ilg